

Berlin, 6. Dezember 2022

Deutschland muss sich aktiv für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Baerbock,

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lambrecht,

Sehr geehrter Herr Bundesminister Lindner,

rückblickend auf das Jahr 2022 müssen wir feststellen: Wir leben in einer Zeit, in der ein noch nie dagewesenes Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen besteht. Die russische Führung droht seit Frühjahr 2022 mehrfach mit Atomwaffen, um zu verhindern, dass Staaten die Ukraine militärisch unterstützen.

Jeder Einsatz von Atomwaffen hätte katastrophale humanitäre Folgen. Mit den jüngsten Drohungen rückt die Gefahr einer solchen Katastrophe näher. Darüber hinaus führt diese nukleare Rhetorik bei Bürger*innen zu existentiellen Ängsten. Das nukleare Tabu droht zu zerfallen, wenn Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen hingenommen werden. Wir fordern Sie auf, jede nukleare Drohung, sei sie explizit oder implizit und ungeachtet der Umstände eindeutig zu verurteilen.

Wir schließen uns dem wichtigen Statement der G20-Staaten bei ihrem Gipfel in Bali an: "Der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen sind unzulässig". Dennoch schließen viele Staaten - auch in der NATO - einen solchen Einsatz weiterhin nicht aus. Zusätzlich, und schon vor Beginn der russischen Invasion, begann in allen Atomwaffenstaaten die Modernisierung und Aufrüstung der bestehenden Arsenale. Diese Entwicklungen sind fatal, widersprechen den bestehenden völkerrechtlichen Abrüstungsverpflichtungen und schwächen die internationale Stabilität. Deshalb fordern wir Sie eindringlich auf, multilaterale Abrüstungsverpflichtungen zu stärken und auszubauen.

Das Jahr 2022 hat Chancen zur abrüstungspolitischen Gestaltung geboten. Doch die Überprüfungskonferenz des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) endete ohne Ergebnis. Das inakzeptable Veto Russlands zum Abschlussdokument darf dabei nicht über die weiteren Kontroversen hinwegtäuschen, u.a. die Frustration der Staatengemeinschaft, über die stagnierenden Abrüstungsverpflichtungen aus NVV-Artikel 6. Die Bemühungen der Bundesregierung für eine Welt ohne Atomwaffen begrüßen wir. Wir sind aber überzeugt, dass es jetzt ambitionierte Maßnahmen braucht, um das Wettrüsten des 21. Jahrhunderts aufzuhalten.

Die Staaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) haben im Juni diesen Jahres konkrete und messbare Schritte vereinbart, um nukleare Abrüstung voranzubringen und Betroffene von Atomwaffeneinsätzen und -tests zu unterstützen. Gleichzeitig verhindert der AVV die nukleare Proliferation und die Ausweitung des Konzepts des "nuklearen Schirms" in anderen Regionen (Indopazifik, Zentralasien).

Daher war es ein richtungsweisender Schritt, dass die Bundesregierung beobachtend an dieser Konferenz teilgenommen hat. Wir möchten Sie dringend dazu ermutigen, diesen Weg weiterzugehen! Das Ziel muss Deutschlands Beitritt zum AVV bleiben. Dazu zählt aber auch, Deutschlands Rolle bzgl. Risikoreduzierung und Deeskalation zu hinterfragen. Das bedeutet, gemeinsam mit den Verbündeten in der NATO auf ein Ende der nuklearen Teilhabe hinzuwirken. Insbesondere als Staat der nuklearen Teilhabe sollte Deutschland sich außerdem aktiv an Maßnahmen zur Entschädigung des durch Atomwaffentests und -einsätze entstandenen Leids beteiligen und Programme zur Opferhilfe und Umweltsanierung unterstützen.

Zwei anstehende Entscheidungen sehen wir als Gradmesser dafür, wie ernst es die Bundesregierung mit ihrem Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt meint: Die Beschaffung von F-35A-Kampffjets als nukleare Trägerflugzeuge sowie die geplante Stationierung neuer B61-12-Bomben in Deutschland. Wir lehnen den Kauf neuer Atombomber ab! Die lenkbaren B61-12-Bomben mit variabler Sprengkraft lassen einen Atomkrieg kontrollierbarer und führbarer erscheinen. Damit senken sie die Hemmschwelle für den Einsatz nuklearer Massenvernichtungswaffen. Gerade im Angesicht der zunehmenden nuklearen Spannungen ist diese Entwicklung unverantwortlich.

Als friedenspolitisches Bündnis aus der Zivilgesellschaft fordern wir Sie daher auf, diese konkreten Schritte im kommenden Jahr anzugehen:

- in der Nationalen Sicherheitsstrategie anzuerkennen, dass Atomwaffen die internationale Stabilität und Sicherheit gefährden, humanitäres Leid verursachen und das Eskalationspotential eines Konflikts steigern;
- die Stationierung von B61-12-Atombomben in Deutschland zu stoppen und die geplante Ausrüstung der F-35A-Kampffjets für den Einsatz von Atomwaffen zu unterlassen;
- sich finanziell konkret an Programmen zur Opferhilfe und Umweltsanierung von Atomwaffentestgebieten zu beteiligen;
- die Rolle von Atomwaffen in der Sicherheitsstrategie der NATO zu verringern, im Bündnis das humanitäre und genderspezifische Leid von Atomwaffen anzuerkennen und die nukleare Teilhabe Deutschlands baldmöglichst beenden;
- sich mit den Verbündeten in der NATO für eine Stärkung des AVV einzusetzen, z.B. durch eine kollektive Beteiligung als Beobachter bei der nächsten Staatenkonferenz im Herbst 2023;
- die direkte und indirekte* Finanzierungen von Unternehmen, die nachweislich an Entwicklung, Herstellung, Export, Wartung oder Modernisierung von Atomwaffen beteiligt sind, durch Finanzverwaltungen der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kommunen) oder Dritte in deren Auftrag gesetzlich zu verbieten;
- die Forschung zu den Folgen von Atomwaffentests- und Einsätzen sowie dem Risiko eines unabsichtlichen Einsatzes von Atomwaffen zu fördern;
- in Ressourcen und Strukturen zu Bildungsformaten zu investieren, die Wissen zu Nuklearwaffen und Abrüstung vermitteln und die feministische, entwicklungspolitische und historische Dimension des Themas greifbar machen.

Wir zählen auf Sie, die aktuelle Regierungsverantwortung zu nutzen und jetzt die Weichen für nukleare Abrüstung zu stellen. Es benötigt mutige Schritte, um das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu erreichen. Dabei bieten wir gerne unsere Unterstützung an.

*direkt = Kredite, Darlehen, Ausgabe von Aktien und Anleihen; indirekt = Obligationen, Aktien- und Anleihebeteiligung

Mit freundlichen Grüßen,

Unterzeichnende:

Markus Pflüger



Roland Blach



Nina Bernarding



Antje Heider-Rottwilm



Thomas Küchenmeister



Elise Kopper



Wolfgang Nick



Dirk Harmsen



Johannes Oehler





Anna Hauschild



Michael Schmidt



Simon Bödecker



Silvia Bopp



Sean Connor



Michael Müller



Horst-Peter Rauguth



Michael Schulze von Glaßer



Dr. Angelika Claußen



Annegret Krüger



Dr. Matthias Kowasch

